



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2020/1742

Veranlasser / Verursacher:

Datum: 27.08.2020

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der AfD-Fraktion vom 25.08.2020 zum Kampf gegen Extremismus im Landkreis Kassel

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Haupt- und Finanzausschuss	21.09.2020		öffentlich
Kreistag	23.09.2020		öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag verurteilt jede Form des Extremismus mit äußerster Entschiedenheit.

Er beschließt ein gemeinsames Eintreten gegen Rechts- und Linksextremismus, religiösen Fanatismus sowie die Verurteilung von Gewalt und Vandalismus um Andersdenkende einzuschüchtern oder gesellschaftlich auszugrenzen. Der Kreistag spricht sich weiterhin dafür aus, dass bei o. g. Vorkommnissen durch Gruppierungen die staatliche Förderungen genießen, diese Förderungen einzustellen sind.

2. Der Landrat wendet sich im Namen des Kreistages an das Hessische Justizministerium mit der Bitte, bereits ab niederschweligen Straftaten die einen politischen Hintergrund haben, die Verfolgung von Straftätern konsequent zu betreiben und das mögliche Strafmaß auszuschöpfen.

3. Der Landrat wendet sich im Namen des Kreistages an das Bundesjustizministerium mit der Bitte, bereits ab niederschweligen Straftaten die einen politischen Hintergrund haben, die Verfolgung von Straftätern konsequent zu betreiben das mögliche Strafmaß auszuschöpfen.

4. Der Kreistag verurteilt jegliche Form des Vandalismus und beauftragt den Landrat auch im Rahmen von Ermittlungen im Bereich von Vandalismus so zu handeln, wie unter Punkt 2 und 3 im Fall von niederschweligen Straftaten mit politischem Hintergrund beschrieben.

Begründung:

Wir erleben eine nicht unerhebliche Steigerung von politisch motivierten Straftaten, die als niederschwellig angesehen, aufgrund der geltenden Rechtslage nicht alle möglichen ermittlungstechnischen Handlungen zulassen, die dann auch die Straftäter ermitteln könnten.

Das Versprechen welches viele Politiker in unserem Land in den Parlamenten abgegeben haben, unser Land vor jeglicher Form von Extremismus zu schützen, muss nun in die Tat umgesetzt werden.

Auch sogenannte niederschwellige Taten führen zu psychischen Belastungen sowohl für die Angegriffenen, als auch für deren Angehörige, Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen.

Auch der Versuch der Einschüchterung Unbeteiligter und damit einer immer stärkeren Einschränkung von Menschen, die für ehrenamtliche und auch hauptberufliche Tätigkeiten in vielen Bereichen des Lebens führen, ist bereits frühzeitig zu unterbinden.

Die Realität heute ist, dass außer Lippenbekenntnisse vieler Politiker zum Schutz unserer Zivilgesellschaft nicht viel geschieht, wichtige Auswertungen nicht stattfinden können und so Täter nicht nur ungestraft davonkommen, sondern sie sogar genau wissen, dass sie auch bei fortgesetzter Begehung von Straftaten nur ein geringes Risiko haben Strafverfolgungsmaßnahmen ausgesetzt zu sein.

Reagieren wir als Gesellschaft nicht umgehen und sensibilisieren stärker die Landtage und den Bundestag und das parteienübergreifend in großer Einigkeit, wird eine immer stärker werdende Polarisierung zu immer mehr Straftaten führen, da immer mehr dazu neigen werden, ihre politische Meinung mit Gewalt durchzusetzen.

Gleiches gilt für Vandalismus in vielen Gemeinden unseres Landkreises, der sich verstärkt und aufgrund dessen auch das Sicherheitsgefühl der im Landkreis lebenden Menschen erheblich sinkt.

Setzen wir ein Zeichen aus dem Landkreis Kassel, dass wir uns mit allen politischen Mitteln dagegen wehren und das parteiübergreifend.

Kohlweg
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

2020_1742 Anlage 1

Anlagenbeschreibung

Anlage 1: Antrag der AfD-Fraktion vom 25.08.2020